ANALYSE - KOMMENTAR

KOMMENTARE

RENTE

Murks im Ministerium



Christof Völlinger

allstrick im wuchernden Paragrafendschungel oder böses Foul gegenüber dem Koaliti-onspartner? Die eilig von SPD-Sozi-al- und Arbeitsministerin Andrea Nahles noch ins Rentengesetz ein-gefügte Stichtagsregelung zum Schutz vor einer neuen Frühverrentungswelle entpuppt sich kurz vor Inkrafttreten der Reform als zahn-loser Tiger. Sie ist de facto das Pa-

Völlinger pier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist. Allein durch die Aus-übung eines versicherungspflichtigen Minijobs kann diese Klippe legal leicht umschifft werden.

Für die "jungen Wilden" in der Union, die in der abschlagsfreien Rente mit 63 ohnehin ein "völlig falsches Signal" sehen und statt der Umverteilung von Wohlstand mehr Generationengerechtigkeit gefordert hatten, muss es wie ein Schlag ins Gesicht wir-ken. Denn nur nach zähem Ringen hatten sie ihre Palastrevolte abgeblasen und die Stichtagsregelung wie eine Trophäe im Kampf gegen einen allzu star-ken Aderlass für deutsche Unternehmen präsen-tiert. Bittere Ironie: Ihr Pokal wird ausgerechnet von Gewerkschaftsseite als wertlos entlarvt. Offen wirbt der DGB für den Schleichweg in die abschlagsfreie Rente mit 63 und empfiehlt, es mit der Arbeitszeit im Minijob ja nicht zu übertreiben: Nur Nettolöhne bis 165 Euro im Monat werden in diesem Falle nicht aufs Arbeitslosengeld angerechnet ...

Schon die Berücksichtigung von Arbeitslosenzeiten Schon die Berücksichtigung von Arbeitslosenzeiten bei der vorgezogenen Rente, die urspünglich nur jene belohnen sollte, die tatsächlich 45 Beitragsjahre auf dem Buckel haben, war eine koatspielige, falsche Weichenstellung. Der neuerliche Nahles-Murks könnte die Kosten für das Rentenpaket der Koalition, zu dem auch die Mütterrente gehört, weiter in die Höhe treiben. Gerade erst hat die Rentenversicherung Bund gewarnt, durch das Reformpaket werde einerseits der Beitragssatz schneller steigen und andererseits das Durchschnittsrentenniveau stärker sinken. Ein doppeltes Dilemma für die Jüngeren, die sich mit geplünderten Sozialkassen hegeren, die sich mit geplünderten Sozialkassen herumschlagen und immer länger arbeiten müssen.

Diese rückwärtsgewandte Sozialromantik, bei der Diese ruckwartsgewandte soziairomantik, bei der heute Geschenke verteilt werden, die später teuer bezahlt werden müssen, droht zum klassischen Fall für die Justiz zu werden. Wenn die Regierung die Hände weiter untätig in den Schoß legt, werden wohl einmal mehr die Richter zurechtrücken müssen, was die Politik durch Schlendrian oder handwerkliche Fehler verbockt hat.

EU-GIPFEL

Historisches Treffen

Von Marcus Sauer

an sollte im politischen Alltagsgeschäft vor-sichtig sein mit dem Adjektiv "historisch". All-zu oft wird es in der Euphorie eines Augen-I vu oft wird es in der Euphorie eines Augenblicks voreilig genutzt, ja missbraucht. Der Gipfel von Ypern und Brüssel jedoch, fast auf den Tag genau 100 Jahre, nachdem mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger die Katastrophe des Ersten Weltkrieges ihren Lauf nahm, ist Europa einen weiteren Schritt gegangen, um die Teilung des Kontinents zu überwinden. Das Assoziierungsablemmen mit Georgien Meldawissoziierungsablemmen mit Georgien mit Georgien Meldawissoziierungsablemmen mit Georgien mit Geor kommen mit Georgien, Moldawien und der Ukraine ist jedoch nicht nur ein Grund zur Freude. Denn für Russland bedeutet dieser Akt eine Niederlage und eine Provokation.

eine Provokation.

Schon droht der zunehmend neoimperial agierende Kremlchef Wladimir Putin mit Konsequenzen. Doch niemand sollte seiner Propaganda auf den Leim gehen: Nicht mit Druck oder Erpressung, sondern aus freien Stücken nähern die drei Länder sich der EU an. Weil sie im Westen für sich die besseren Perspektiven sehen. Putin hat die Krim annektiert und schürt den Konflikt im Osten der Ukraine, während die Europäer sich ernsthaft um Vermittlung bemühen. Sie lassen sich nicht einschüchtern, drohen ihrerseits, stellen Putin ein Ultimatum. Die EU übernimmt Verantwortung. Dabei hat sie im eigenen Haus Ärger genug. Um den künftigen Kommissionspräsidenten zum Beispiel.

präsidenten zum Beispiel.

Auch in diesem Punkt kann man den Gipfel historisch nennen: Zum ersten Mal haben die Staats- und Regierungschefs eine wichtige Personalfrage mit einer qualifizierten Mehrheit entschieden und ein bedeutendes Mitgliedsland, Großbritannien, überstimmt. Eine wohltuende Abkehr vom lähmenden Konsens-Zwang. Doch selbst wenn David Cameron am Ende mit der Ablehnung Jean-Claude Junckers praktisch allein auf weiter Flur stand: Sein Gesicht hat er nicht verloren. Er hat Standfestigkeit bewiesen, was ihm viele Briten hoch anrechnen, und er wird noch das eine oder andere Zugeständnis bekommen. Am EU-Austritt Londons kann niemand Interesse haben. Am wenigsten die Briten selbst. Interesse haben. Am wenigsten die Briten selbst



Karikatur: Martin Erl

GASTKOMMENTAR

Die EZB hat sich in die Ecke manövriert

warnt vor dem un-vermeidlichen Kol-laps des Währungs-

systems aufgrund der Geldschwemme

Der Autor (49) ist Vorstand des Lud-wig-von-Mises-In-

stituts Deutschland. 1998 machte er sich nach 15 Jahren als

Banker in der Fi-nanzdienstleistung mit dem Schwer-punkt Vermögens-

Warum andere auf

Am 5. Juni 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins von bisher 0,25 Pro-zent auf 0,15 Prozent abgesenkt. Der Einlagezins – also der Zins, den Banken für ihre bei der EZB gehaltenen Guthabei der EZB gehaltenen Gutha-ben erhalten – wurde gar auf minus 0,1 Prozent festgesetzt; man kann das auch Strafzins nennen. Diese Maßnahmen las-sen die Strategie der EZB deut-licher werden denn je: Die Kre-dit- und Geldmengenauswei-tungen sollen mit allen Mitteln tungen sollen mit allen Mitteln fortgeführt werden.

Tortgerunrt werden.
Dabei lässt sich jedoch kaum mehr unterscheiden, welchem Zweck die jüngsten Beschlüsse der EZB überhaupt noch dienen sollen: der Geldwertstabilität; der Versorgung des Bankensystems mit Liquidität, um indirekt die Renditen europäscher Staatsanleihen niedrig zu balten oder gar weiter abzuhalten oder gar weiter abzu-senken; der Versorgung des Bankensystems mit Liquidität, Bankensystems mit Liquidität, um die Kreditversorgung der Wirtschaft anzukurbeln; oder überhaupt der Rettung des Euro(-Systems)? Über das Mandat der EZB, Preisstabilität zu gewährleisten, gehen die jüngsten Beschlüsse jedenfalls weit hinaus. Es sind höchst unkonventionelle Maßnahmen, die zwangsläufig die Worte des EZB-Präsidenten Mario Draghi "wir werden den Euro retten, koste es, was es wolle" in Erinnerung rufen.

Bei Betrachtung der immer expansiver werdenden Geldpolitik der EZB drängt sich ein Vergleich mit Ja-pan geradezu auf. Dort versucht man seit über 20 Jah-ren, die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Gebracht hat es jedoch nichts. Und in Europa wird dies ebenfalls nicht gelingen. Einziger Erfolg wird ein Zeitgewinn sein, und die zwingend notwendige Bereinigungskrise

wird nur aufgeschoben. Eine solche Bereinigungskrise ANDREAS MARQUART ist aber erforderlich, um die vorhandenen Strukturpr bleme im Euroraum zu lösen.

Die massiven Geldmengenausweitungen vor allem seit Einführung des Euro haben zu massiven Fehlentwicklungen in den Volkswirtschaften geführt. Der Immobiliensektor in Spanien beispielsweise ist nach wie vor zu groß. Auch der europäische Finanzsektor ist noch massiv überdimensioniert. Und solange die Zinsen für Staatsanleinen durch die Geldschwemme der EZB imper weiter nach unten geschlaust werden wird auch mer weiter nach unten geschleust werden, wird auch der Staatssektor nicht schrumpfen. Im Gegenteil: Nach unten manipulierte Zinsen eröffnen neue Spielräume für eine immer weiter steigende Staatsverschuldung.

rur eine immer weiter steigende Staatsverschuldung. Es ist gerade einmal drei Jahre her, als die Marktteilnehmer fürchteten, Spanien könnte einen Staatsbankrott erleiden. Heute werden spanische Anleihen zu Renditen gehandelt, die den Eindruck erwecken, als wäre alles in bester Ordnung. Ist es aber nicht. Die Wirtschaftsstrukturen im gesamten Euroraum – vor alem in der Peripherie – sind verzerrt. Unrentable Wirtschaftssektoren werden so am Leben erhalten. Ressourcen werden verschwendet, und es entsteht eine Zombießkonomie Kapitalditer werden verrichtet und Zombieökonomie. Kapitalgüter werden vernichtet und die Gesellschaft verarmt relativ.

Die Sparer in Europa werden gleich doppelt geschädigt. In einem Umfeld künstlicher Niedrigstzinsen schmelzen Sparguthaben und die Altersvorsorge ganzer Generationen real dahin - wie Eis in der Sonne

Mit Drucken von Geld lassen sich keine Probleme lö-sen, die durch das Drucken von Geld entstanden sind. Nicht nur die EZB, die Notenbanken weltweit haben sich in die Ecke manövriert. Nun werden Tabus gebro-chen, nur um die dringend notwendige Bereinigungs-krise aufzuschieben. Verhindert werden kann sie jedoch nicht.

Der wohl bedeutendste Ökonom des 20. Jahrhunderts, Ludwig von Mises (1881-1973), hat es in seinem bereits 1949 erschienenen Werk "Human Action" einst tref-fend formuliert: "Es gibt keinen Weg, den finalen Koilaps eines Booms durch Kreditexpansion zu verhin-dern. Die Frage ist nur, ob die Krise früher durch frei-willige Aufgabe der Kreditexpansion kommen soll, oder später zusammen mit einer finalen und totalen Katastrophe des Währungssystems."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Gute Nachricht für Mieter

Die "Süddeutsche Zeitung" (München) meint zum Rau-cherurteil:

Tatsächlich ist der Mann nur Opfer seiner Sturheit gewor-den: Jahrelang hat er sich trotz Beschwerden von Hausbewoh-

nern und der Vermieterin nicht dazu bewegen lassen, den Qualm ins Freie zu schi-cken. Das Gericht hat nun für solche Extremfälle zu Recht eisolche Extremfälle zu Recht eine Stopplinie gezogen. Der Genuss zu Hause findet dort seine Grenzen, wo er andere chronisch belästigt und gefährdet. Der Anwalt des Rauchers sprach von einer schlechten Nachricht für Mieter. Tatsächlich ist es genau umgekehrt: Die Mehrheit, auch der Mieter, ist nun besser geschützt gegen Rücksichtslose.

MORGEN

Pistolenschüsse hallen noch nach

Der "Mannheimer Morgen" schreibt zu den Folgen des Ersten Weltkriegs:

Noch immer hallen die Pistolenschüsse nach und entfalten ihre unheilvolle Wirkung. Die Schlagzeilen dieser Tage sind späte Folgen der Schüsse von Sarajevo, die eine nicht enden wollende Kettenreaktion aus-gelöst haben. In Westeuropa entstand erst nach zwei furch-baren Kriegen mit der EU eine neue Ordnung. Anderswo war-ten die Menschen noch immer auf ein Ende der Konflikte und der Kämpfe, leiden noch im-mer an den Folgen von Natio-nalismus, Nationalitätenkon-flikten, willkürlichen Grenz-ziehungen sowie ethnischen und religiösen Auseinander-setzungen. setzungen